

Mehrheit für Haushalt zeichnet sich ab

KOMMUNALPOLITIK CDU und Grüne stimmen mit der SPD für die Schulsozialarbeit.

WGA
18.03

Von Thomas Wintgen

Gut möglich, dass der Haushaltsplan 2015 am Montag mit sehr breiter Mehrheit verabschiedet wird – zumal alle Beteiligten kompromissbereit sind. So stimmt die Stadt Wermelskirchen zum Beispiel den Umfang einer Schulsozialarbeit ab Mitte 2015 bis 2017 mit freien Trägern ab; sie meldet anteilige Landesmittel (60 Prozent der Kosten) beim Kreis an und stellt die verbleibenden städtischen Mittel in den Etat ein.

Sehr ähnlich wie dieser Antrag der Grünen lautete der der Linken für den Etat 2015; weshalb der Haupt- und Finanzausschuss am Montagabend beide gleichzeitig beriet – mit dem Ergebnis, dass CDU, SPD, Grüne und Linke dafür die Mehrheit erzielten gegen WNK, FDP, Bürgerforum und AfD.

CDU und Grüne lehnen das im Kreistag ab

Stadtkämmerer Bernd Hibst hatte noch einmal deutlich gemacht, dass es sich nicht um eine kommunale Aufgabe handele (WGA-Samstagsausgabe). Henning Rehse (WNK) nannte es eine „sinnvolle



Schulsozialarbeit – hier bewusst gezeigt in einem Beispiel aus der Nachbarstadt Remscheid – ist sehr oft eine wichtige Hilfe, ehe „das Kind in den Brunnen gefallen ist“.

Archivfoto: Roland Keusch

Aufgabe“. Er erinnerte daran, dass dieselben Grünen, die hier diesen Antrag eingebracht haben, diesen Antrag im Kreistag im Verbund mit der CDU abgelehnt haben. Im – schuldenfreien – Kreis hatte die SPD beantragt, 400 000 Euro dafür bereit zu stellen.

Die Ablehnung im Kreistag war knapp (27:25), weil – so Rehse – „alle Sozialpoliti-

ker von CDU und Grünen ihr sozialpolitisches Gewissen während der Abstimmung auf der Toilette erleichtert haben“. So ein Spiel „machen wir nicht mit“, schimpfte Rehse.

Einerseits sei die Situation richtig geschildert, meinte Bernhard Schulte (SPD), weshalb die SPD den Antrag ja in Wermelskirchen noch ein-

mal gestellt habe. Andererseits sei es für die Grünen „genauso unsportlich“, kommentierte Stefan Janosi („Ich bin nicht im Kreistag“), den Antrag jetzt hier als WNK abzulehnen.

Der Kreis sei schuldenfrei, konterte Rehse – da „hätten wir's beschließen können“. Jetzt wird's auch bei uns beschlossen. » Standpunkt

Rat soll Resolution zu Flüchtlingskosten fassen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Im gemeinsamen Antrag fordern AfD, FDP und WNKUWG den Rat auf, eine Resolution zu beschließen. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die vom Bund für die Kommunen bereitgestellten Hilfen bei den Flüchtlingskosten zu 100 Prozent an die Kommunen weiterzuleiten und nicht, wie beabsichtigt, 50 Prozent beim Land einzubehalten. **SM 2.3**

Haus Taubengasse - Politik diskutiert über den Verkauf

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Mehrheit der Politik hat sich für den Verkauf der ehemaligen Obdachlosenunterkunft an der Taubengasse ausgesprochen. Der Plan: Dort sollen Parkplätze geschaffen werden. Die WNKUWG stellte für die jüngste Sitzung des Fachausschusses den Antrag, 50.000 Euro im Haushalt für den Abriss der Immobilie und die Herrichtung der Fläche bereitzustellen. Das stieß bei den anderen Fraktionen auf Ablehnung. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse zog den Antrag zurück, er möchte ihn im Haupt- und Finanzausschuss am Montag wieder thematisieren. Dass dann eine Entscheidung fällt, gilt als unwahrscheinlich. „Das Thema ist haushaltsrelevant. Aufgrund der Zeitenge sind wir bereit, im Mai den Verkauf zu thematisieren“, sagte Jochen Bilstein (SPD). Er sprach sich dagegen aus, vor einem Verkauf das Gebäude abzureißen. Christian Klicki (CDU) hofft, bis zur Ratssitzung am 23. März eine Kompromisslösung zu finden.

Rehse wunderte sich über einen Sachverhalt im Zusammenhang mit der Fläche an der Taubengasse: Seines Wissens habe bereits 2012 ein potenzieller Käufer Interesse signalisiert. „Er hat nie wieder etwas von der Stadtverwaltung gehört. Wie kann das sein?“, fragte Rehse. Kämmerer Bernd Hibst bestätigte, dass es Kontakte gegeben habe – „auch später noch“. Das Verfahren für den Verkauf der Fläche sei klar geregelt. Es gebe eine interne Wertermittlung für die Fläche, dann erfolge eine öffentliche Ausschreibung.

Die WNKUWG möchte in der Ratssitzung von der Verwaltung wissen, welche Ideen und Konzepte sie für die Vermarktung der Fläche und die Verbesserung der Parkproblematik rund um den Markt hat.

SM 11.03

WNKUWG schlägt zeitlich begrenzte Testphase vor **SM 11.03**

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Politiker im Fachausschuss nahmen die Ausführungen des Verkehrsexperten zur Kenntnis, ein Beschluss wurde nicht gefasst. Spätestens im Sommer, wenn konkrete Ergebnisse vorliegen sollen, kommt das Thema wieder auf die Tagesordnung.

Henning Rehse (WNKUWG), dessen Fraktion sich in der Vergangenheit gegen den gegenläufigen Radverkehr ausgesprochen hatte, war angetan von den Vorschlägen. „Wir haben uns inhaltlich geirrt und waren emotional zu sehr engagiert“, sagte er. „Jetzt wären wir froh, wenn wir möglichst schnell zu einer Lösung kommen würden – zum Beispiel in einem zeitlich begrenzten Verkehrsversuch. Die Radsaison beginnt, wir sollten schnell etwas machen.“

Friedel Burghoff (Bürgerforum) forderte, dass man bei der ganzen Diskussion auch den Anlieferverkehr in der Telegrafienstraße berücksichtigen müsse. „Man sollte sich die Situation mal einen Tag lang vor Ort ansehen“, meinte er.

Die ADFC-Ortsgruppe Wermelskirchen hat die Ausführungen des Experten positiv zur Kenntnis genommen. Sie sollten „für alle Beteiligten Anlass sein, die vorgestellten Varianten für gegenläufigen Radverkehr vorbehaltlos zu prüfen, damit nach den vertiefenden Untersuchungen die jeweiligen Vor- und Nachteile abgewogen werden können“, teilte Sprecher Frank Schopphoff mit. Der ADFC begrüße den Hinweis, dass es beim Radverkehr nicht nur um die Durchfahrt der Freizeitradler auf den Panorama-Radwegen geht, sondern auch um den Zielverkehr der Alltagsradler, die im Zentrum ihre Einkäufe tätigen wollen.

Bei der Mitarbeit an Verkehrs- und Tourismuskonzepten betrachten sich die ADFC-Mitglieder als Verkehrsexperten und Wirtschaftsförderer, die sich einerseits ehrenamtlich für Sicherheit und Attraktivität des innerstädtischen Radverkehrs einsetzen und andererseits viele Gäste von Nah und Fern in die Stadt locken möchten.

Freie Wähler gegen Freihandelsabkommen

WERMELSKIRCHEN (mak) Die Freien Wähler in Wermelskirchen beteiligten sich am heutigen Samstag von 10 bis 13 Uhr im Zuge der europäischen Bürgerinitiative am Aktionstag gegen das Freihandelsabkommen TTIP. An einem Stand vor dem Rathaus wollen sie informieren und Unterschriften sammeln.

Heute, Sa., 21. März, 10 bis 13 Uhr, Rathaus, Telegrafienstraße.



Die ehemalige Obdachlosenunterkunft an der Taubengasse: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sie zusammenbricht.

BM-ARCHIVFOTO: TEIFEL

Abbruchhaus - Zukunft immer noch ungewiss 001 02.04.

Wird die ehemalige Obdachlosenunterkunft abgerissen? Gibt es neue Parkplätze? Die Stadt hält sich da bedeckt. Der Verkauf ist beschlossen.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Das Schicksal der ehemaligen Obdachlosenunterkunft zwischen Taubengasse und Berliner Straße ist besiegelt: Das Grundstück soll verkauft werden. Es hat lange gedauert, bis es zu einer politischen Entscheidung kam, was mit Gebäude und Grundstück passieren soll – viel zu lange, meint die WNKUWG. Henning Rehse, längst bestätigt auch durch die Stadtverwaltung, sieht großen Handlungsbedarf, in diesem Teil der Stadt Parkplätze anzulegen. „Wir sind es allmählich leid. Wir werden nun zu jeder Fachausschuss-Sitzung Anträge stellen, damit uns die Verwaltung sagt, was sie gedenkt zu tun“, erklärte er gestern auf Anfrage.

Seine Fraktion versuche schon seit Jahren, die Parkplatz-Situation in diesem Bereich der Stadt zu verbessern. „In schöner Regelmäßigkeit sind unsere Anträge aber von politischen Mehrheiten abgelehnt worden“, erinnert Rehse. Er will nun die Stadtverwaltung so lange mit Anfragen bombardieren, bis sie erklärt, wie mit dem Grundstück umgegangen werde. „Die Verwaltung vermittelt nicht den Eindruck, dass

sie unser Ansinnen auf zusätzliche Parkplätze an der Taubengasse unterstützt oder fördert.“

Zumal der Tag immer näher rückt, dass die provisorischen Parkplätze unterm Weihnachtsbaum wieder aufgehoben werden. „Diese Stellplätze fehlen dann. Es hätte aber längst schon das Parkproblem gelöst werden können“, meint Rehse.

1976 war die Gemarkung Taubengasse von einer Sanierungsgesellschaft im Auftrag der Stadt gekauft worden. Die ehemaligen Eigentümer nahmen dies hin, denn dort sollte Parkfläche entstehen für die heimische Geschäftswelt. Doch bis heute ist nichts geschehen. Dabei weist der Bebauungsplan hier Fläche für Parken aus. „Da muss nichts mehr geändert werden“, sagt Rehse und versteht nicht, warum das alles so lange dauert.

Er vertritt den Standpunkt, für einen Euro dieses Grundstück an einen Investor zu verkaufen, der dort eine Parkpalette baut – im Gegenzug erhält die Stadt öffentliche Parkplätze. „Besser finde ich aber, dass die Stadt abreißt und ein sauberes Grundstück verkauft – dann ist der Verkaufswert, auch im Gegenzug mit mehr Parkplätzen, höher. Wie

lange will uns die Stadtverwaltung denn noch hinhalten?“, fragt Rehse.

Die Stadtverwaltung hält sich sehr bedeckt. Zuständig für den Verkauf ist Kämmerer Bernd Hibst: „Wir gehen wie bei allen Objekten vor, die verkauft werden soll. Auch dieses Grundstück mit Gebäude wird zum Verkauf ausgeschrieben.“

KOMMENTAR

Die Zeit drängt

Der Eindruck verstärkt sich, dass man in Politik und Stadtverwaltung unendlich viel Zeit hat. Seit Jahren wird diskutiert, jetzt erst wurde die Entscheidung getroffen. Die ist aber so allgemein, dass es Monate dauern wird, bis endlich etwas passiert. Dann ist das Jahr um. Und in diesem unteren Teil der Stadt sind immer noch keine Parkplätze geschaffen worden. Der Schluss vieler Kunden ist klar: Wir geben Gas und kaufen woanders ein. Das hält kein Handel lange durch. Deshalb muss der Verkauf zügig abgewickelt werden. Verbunden mit der Auflage, neue Parkplätze zu bauen. (tei.-)